

Antrag Nr. 21-F-05-0006

FDP

Betreff:

Finanzierung von Fraktionszeitungen
-Antrag der FDP Fraktion vom 17.02.2021-

Antragstext:

Die Fraktionen von Freien Wählern und der CDU haben innerhalb der vom Städtetag empfohlenen 3-Monatssperrfrist für Informationen, die durch Steuergeld finanziert werden, entsprechende Publikationen über Ihre „Arbeit“ verbreitet. Dies ist im Zusammenhang mit den Regelungen zur Öffentlichkeitsarbeit und in einem rechtlichen Zusammenhang bezüglich der Chancengleichheit der Parteien und verdeckter Parteienfinanzierung als hochproblematisch zu bewerten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) aufzuzeigen, wie sich die rechtliche Situation im Zusammenhang mit solchen Publikationen darstellt. (Strafrechtlich und in Bezug zu illegaler Parteienfinanzierung)
- 2) Zu berichten, wie er die vorliegende Situation unter Bezugnahme auf die unter 1) erörterten Zusammenhänge rechtlich einschätzt.
- 3) Zu berichten, welche Maßnahmen der Magistrat bzw. das Revisionsamt in diesem Zusammenhang ergriffen haben.

Wiesbaden, 24.02.2021

Alexander Winkelmann
Mitglied Revisionsausschuss

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin